

Kleingärtner, Anwohner und Unterstützer kamen am Dienstag ins Schöneberger Rathaus und suchten den Dialog mit dem Bezirksamt.

FOTO: JULIA LEHMANN



Der Kampf der Kleingärtner gegen den Abriss

Die Anlage an der Eschenallee in Tempelhof soll einer neuen Schule weichen. Die Betroffenen wehren sich

JULIA LEHMANN

Schulbau statt Kleingarten. Tempelhof-Schöneberg benötigt neue Schulen. Seit 2018 gehe man von gut 6000 Schulplätzen aus, die in den nächsten Jahren benötigt werden, sagte Bezirksschulstadtrat Oliver Schworck (SPD). Um eine der Schulen zu bauen, hat der Bezirk die 67 Parzellen der Kleingartenkolonie Eschenallee in Tempelhof im Visier. Diese befindet sich östlich der Wohnsiedlung Marienhöhe. Weil nicht nur die Lauben der Kleingärtner, sondern für Anwohner und Nachbarn eine grüne Oase verschwinden würden, war die Einwohnerversammlung der Bürgerinitiative Marienhöhe am Dienstagabend im

Schöneberger Rathaus sehr gut besucht. Gut 180 Kleingärtner waren gekommen, viele diskutierten emotional mit. Schulstadtrat Schworck und Baustadtrat Jörn Oltmann (Grüne) mussten sich den Vorwurf gefallen lassen, vorschnell und „im Blindflug“ zu handeln.

Viel zu spät habe der Berliner Senat dem Bezirk zugestanden, dass Schulplätze fehlen, wehrte sich Schworck. In der Senatsbildungsverwaltung verweist man dagegen auf das 2014 eingeführte Monitoringverfahren, bei dem der Bedarf regelmäßig einvernehmlich mit dem Bezirk abgestimmt würde. Im Mai werde es eine Taskforce geben, bei der der Bezirk diesen darlegen werde. Man werde „schnelle Abhilfe schaffen“ wenn nötig,

sagte Staatssekretärin Beate Stoffers, die diese Taskforce leiten wird.

46 der 56 Schulstandorte in Tempelhof-Schöneberg werden in den nächsten Jahren saniert oder erweitert. Pro Schule müssten etwa zehn Millionen Euro investiert werden, ergänzte Oltmann. Dabei könne man bestehende Schulen nicht

unbegrenzt erweitern oder aufstocken. Aus diesem Grund kommen nun Kleingartenanlagen, die das Land Berlin als Ersatzflächen vorhält, für Neubauprojekte infrage. Erst kürzlich haben 63 Kleingärtner der Kolonie „Morgengrauen“ die Kündigung bekommen. Es gebe keine alternativen Flächen, hieß es auch

hier. Die Bürgerinitiative Marienhöhe will das nicht hinnehmen. Sie verlangt, dass sich der Bezirk „innovativ“ zeigt und nach neuen Lösungen sucht. Viele der Anwesenden bezweifelten die Zahlen, die der Bezirk für den Schulplatzbedarf zugrunde legte, und auch, dass die Behörde alle Optionen geprüft hat.



Die Anlage Eschenallee mit etwa 67 Parzellen muss vielleicht für einen Schulbau aufgegeben werden.

FOTO: DIRK TONN

Dirk Tonn ist Teil der Bürgerinitiative und wohnt selbst seit 30 Jahren in der Siedlung, die sich genau zwischen Attila-, Arnulf- und Röblingstraße befindet. Er erläuterte die Besonderheit des Gebiets, das vor allem wegen des u-förmig verlaufenden Marienhöher Wegs auffällt. Tonn befürchtet, dass sich das gesamte Areal mit seiner charakteristischen Höhenlage durch den Schulbau verändern könnte und zusätzlicher Verkehr für Chaos auf den Straßen Sorge. Neben Biergarten, Kita, Naturlehrpfad und Freiflächen sei das naturnahe Gebiet mit Gärten und Wiesen besonders für das Stadtklima relevant.

Wissenschaftler betont Bedeutung für Stadtklima

Dem pflichtete Fritz Reußwig bei. Der Wissenschaftler des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) erläuterte, dass Berlin durch klimatische Veränderungen zunehmend mit höheren Temperaturen zu kämpfen haben werde. Gerade bei Gebieten mit dichter Bebauung würden Grünflächen für die Kühlung von Städten eine wichtige Rolle spielen, so Reußwig. Sein Vorschlag lautet, einen „Green Deal“ zu vereinbaren: Anlagen in strategisch wichtiger Lage, etwa Frischluftquellen, sollten demnach unangetastet bleiben. Die Bezirksstadträte zeigten sich offen. „Dann müssen aber auch Vorschläge von den Anwohnern kommen“, sagte Oliver Schworck. Auch einem Werkstattverfahren, in dem Ideen der Anwohner angehört werden sollen, unterstütze das Bezirksamt. Der Bürgerinitiative schwebt beispielsweise das Areal an der Röbling- Ecke Attilastrasse gleich westlich der Siedlung als Schulstandort vor. Ein Investor baut dort 700 Wohnungen.

Ob und wann die Kleingärten tatsächlich weichen müssen, sei noch völlig offen. Bisher handele es sich lediglich um eine Idee, so Oliver Schworck. Frühestens im Februar 2021 könne der Bezirk kündigen. Und das auch nur, wenn bis dahin eine Finanzierungszusage des Senats vorliege. Zunächst werde das gesamte Koloniegelände in einer Machbarkeitsstudie bewertet. Diese werde nun in Auftrag gegeben.